

INHALT

1. Grüne und SPD streiten im Landtag über Antrag zur Tariftreue
2. Bildungsqualität in Schleswig-Holstein deutlich verbessert
3. Diskussion über Neo-Nazi-Demonstration am 31. März

27.01.2012

Grüne und SPD streiten im Landtag über Antrag zur Tariftreue Mittelstandspolitik der Landesregierung erfolgreich

Zu Beginn der heutigen Plenardebatte stritten die Oppositionsfraktionen über einen Änderungsantrag für das Gesetz zur Förderung des Mittelstandes. Dieser von SPD und SSW gemeinsam eingebrachte Antrag sah vor eine Tarifbindung, in Ausschreibungsunterlagen von öffentlichen Aufträgen für Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs schriftlich zu fixieren. Exakt dieser Antrag war bereits in der Junisitzung des letzten Jahres von der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen eingebracht und von CDU und FDP abgelehnt worden, weil er mit Europarecht nicht vereinbar war. Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs von 2008 (Rüffert-Urteil) darf der Staat die Vergabe nicht an die Einhaltung spezieller Tarifverträge koppeln.

Damals hatte die SPD sich enthalten, deshalb zeigte sich der Grüne Abgeordnete Andreas Tietze in der heutigen Debatte verwundert, dass SPD und SSW diesen Antrag einfach abgeschrieben hätten. Auch sei der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen keine Gelegenheit gegeben worden, diesem Antrag beizutreten.

CDU-Fraktionschef Johannes Callsen nutzte die Gelegenheit, um die Erfolge des Gesetzes zur Förderung des Mittelstandes heraus zu stellen: „Zur Regierungszeit von SPD und Grünen waren in Schleswig-Holstein 170.000 Menschen arbeitslos. Unter der CDU-geführten Regierung wurde die Zahl auf unter 100.000 gesenkt. 70.000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze wurden seit 2005 geschaffen“, betonte er. Engagierte mittelständische Unternehmen und eine erfolgreiche CDU-Wirtschaftspolitik hätten die Grundlage für diese beeindruckende Entwicklung gelegt.

Auch die Zahlen des Niedriglohnssektors seien eine Betrachtung wert: Seit der Zeit der Rot-Grünen Landesregierung habe sich die Zahl der Vollzeit-Beschäftigten im Niedriglohnsektor (also monatlich weniger als 1800€ brutto) nicht wesentlich verändert. Und bei den Mini-Jobs habe Schleswig-Holstein mit einer Quote von 85,39 geringfügig Beschäftigten je 1000 Einwohner die geringste Quote unter den westdeutschen Flächenländern.

Gleichwohl gelte für die CDU in Schleswig-Holstein der Grundsatz, dass Menschen von ihrem Arbeitseinkommen leben können sollen. Deshalb habe sie 2006 den ÖPNV in das Tariftreuegesetz des Landes übernommen. Nach dem Rüffert- Urteil sei die

Tariftreueverpflichtung EU-konform in das Mittelstandsförderungsgesetz übernommen worden. „Dies ist der rechtliche Spielraum, den wir als Landesgesetzgeber haben, nämlich dort, wo Mindestlohnverpflichtungen nach dem Arbeitnehmerentendegesetz vorgegeben sind“, betonte Callsen. Die SPD handele verantwortungslos, wenn sie den Menschen eine Lösung vorgaukele, die der Landesgesetzgeber EU-rechtlich nicht habe. „Sie wecken Hoffnungen bei den Menschen, die rechtlich nicht erfüllbar sind. Dies ist unsolid und ein Spiel mit den Sorgen der Menschen“, so der CDU-Fraktionvorsitzende.



Fraktionsvorsitzender Johannes Callsen, MdL

Bildungsqualität in Schleswig-Holstein deutlich verbessert Landtag debattiert über Situation an den Schulen

Mit großer Spannung wurde nach den Diskussionen der letzten Tage heute der Bericht von Bildungsminister Dr. Ekkehard Klug erwartet. CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen lenkte das Hauptaugenmerk auf die Sicherstellung der Unterrichtsversorgung. Sie betonte, seit die CDU im Jahr 2005 nach 21 Jahren roter bzw. rot/grüner Bildungspolitik in die Regierungsverantwortung kam, habe es enorme Verbesserungen gegeben.

Die Lehrerversorgung habe es erfordert, bis 2010 zusätzlich 1.000 Planstellen in die Schulen zu geben. Bei gleichzeitig 16.000 Schülern weniger habe sich die Unterrichtsversorgung verbessert. In diesem Zusammenhang wies Franzen darauf hin, dass noch heute rund 400 Planstellen finanziert werden müssen, weil zu rot/grünen Zeiten die Lehrer so genannte „Vorgriffsstunden“ geleistet haben.

Die Einführung des acht jährigen Bildungsganges und der Profiloberstufe an den Gymnasien sei richtig gewesen. Allerdings habe sich herausgestellt, dass die Konzepte der damaligen Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave nicht ausgereift und zum Teil nicht tragbar waren. „Diese Landesregierung hat hier sehr schnell die richtigen Weichen gestellt, damit G8 und die Profiloberstufe gelingen können und nicht zu einer Belastung für die Gymnasien führen“, so Franzen.

Die von der Opposition bis heute bestrittene Notwendigkeit der Förderung von Kindern mit Begabungen sei endlich in Angriff genommen worden. Gleiches gelte für die Schulsozialarbeit. „Diese Landesregierung hat trotz der Haushaltskonsolidierung die Defizite erkannt und deren Lösung in Angriff genommen“, so die CDU-Abgeordnete.

Im Ergebnis habe sich die Schüler-/Lehrerrelation 19 zu eins in 2005 auf 16 zu eins in 2012 verbessert. Die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss sank von zehn auf sieben Prozent.

Erfreulich sei auch, dass die Zahl der Abiturientinnen und Fachhochschulreife von 22 auf 32 Prozent anstieg. Gleiches gelte für die Realschulabsolventen. „Ihr Anteil wuchs von 33 auf 35 Prozent, während der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Hauptschulabschluss von 35 auf 26 Prozent sank“, so Franzen.

Nun sei es notwendig, verbliebene Defizite festzustellen und diese dann zu beheben. Rot/Grün habe die Software ODIS zur Erfassung des Unterrichtsausfalls eingeführt, die keine fachspezifische Auswertung zulasse hat. „Wir erwarten einen ehrlichen Umgang mit dem Thema Unterrichtsausfall. Hier haben wir vom Minister eine Datengrundlage gefordert und wir erwarten sie noch“, so Franzen.

Den von der Opposition gestern eingebrachten Antrag auf 300 zusätzliche Lehrerstellen lehnten CDU und FDP gemeinsam ab.



Heike Franzen, MdL

Diskussion über Neo-Nazi-Demonstration am 31. März Breite parlamentarische Mehrheit gegen Neo-Nazis

Innenexperte Werner Kalinka stellte für die CDU-Fraktion fest: „Wir wünschen und wollen nicht, dass Neo-Nazis in Lübeck oder Neumünster demonstrieren, weder am 31. März noch am 1. Mai. Das Recht auf Versammlung ist ein hohes Gut. Es ist aber unerträglich, dass Neo-Nazis versuchen, nationalsozialistische Verbrechen zu relativieren oder Bürger oder Gewerkschaften anzugreifen.“

Die Fraktion die LINKE forderte ein Verbot der Demonstration. Kalinka stellte fest, die konkrete Frage eines Verbots stelle sich erst in zeitlicher Nähe zum Demonstrationstag. Zuständig sei die örtliche Behörde. Alles, was bei anderen Behörden an Informationen vorliege, werde nach Auskunft des Innenministers die örtlichen Behörden zur Verfügung gestellt.

„Ein NPD-Verbotsverfahren ist konkret in die Nähe des Möglichen gekommen. Über die bitteren Erkenntnisse zur Neo-Nazi Bande mit ihren Verbindungen verfügten wir vor Monaten noch nicht“, bewertete Kalinka die Situation.

SPD, Grüne und SSW sowie CDU und FDP gingen ursprünglich mit unterschiedlichen Anträgen in die Landtagssitzung. Am Ende kam es zu einem fraktionsübergreifenden Antrag, dem bis auf die LINKE alle Fraktionen beitraten. Ihr Redner Björn Thoroe begründete das damit, dass ein Verbot als „politische Botschaft“ auch dann erfolgen müsse, wenn ein Gericht es wieder aufheben würde. Außerdem war die LINKE nicht bereit, „politischem Radikalismus in all seinen

Erscheinungsformen“ entgegenzutreten. Bemerkenswert war allerdings, dass in der Schlussabstimmung die LINKE gespalten war. Antje Jansen und Ellen Streitbürger schlossen sich dem fraktionsübergreifenden Antrag an. Lediglich die Abgeordneten Ulrich Schippels und Björn Thoroë stimmten dagegen und für ihren eigenen Antrag. Der Rest der Fraktion war zur Abstimmung nicht anwesend.

Während der Debatte zeigte sich, dass bei diesem Thema tatsächlich ein breiter Schulterchluss hergestellt werden konnte. So dankten Wolfgang Kubicki, Peter Harry Carstensen und Klaus Schlie ausdrücklich SPD-Landes- und Fraktionschef Ralf Stegner für dessen Drei-Minutenbeitrag. Stegner hatte dazu aufgefordert und war auch selbst dazu bereit, bei diesem Thema Partikularinteressen zurück zu stellen, um eine möglichst breite parlamentarische Mehrheit zu organisieren.

Im Parlament bestand große Einigkeit darüber, dass ein Verbot der Demonstration zwar wünschenswert sei, allerdings nur dann erfolgen könnte, wenn es zweifelsfrei vor Gericht Bestand haben wird. Kalinka abschließend: „Landtag und Landesregierung zeigen heute, dass wir übereinstimmend denken. Dies ist ein wichtiges Signal, Neo-Nazis in die Schranken zu verweisen.“



Werner Kalinka, MdL

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de